

## Polizeifehler in Hagen: Legale Cannabisplantage zerstört!

Polizei in Hagen zerstört versehentlich legale Cannabisplantage; Cannabisclub fordert 270.000 Euro Schadenersatz.



Am 10. April 2025 sorgte ein Vorfall in Hagen, Nordrhein-Westfalen, für Aufsehen. Die örtliche Polizei hat versehentlich eine legale Cannabisplantage des Cannabisclubs „High Life“ zerstört. Bei der Vernichtung der Pflanzen wurden rund 900 Jungpflanzen entfernt, was dem Verein einen erheblichen finanziellen Verlust einbrachte, den der Anwalt Jens Gunnar Cordes auf etwa 270.000 Euro beziffert. Dies umfasst jedoch noch nicht die Kosten für neue Setzlinge und zusätzliche Aufwendungen.

Die Situation nahm ihren Anfang, als Ermittlungen gegen einen vorbestraften Mann aufgenommen wurden. Dabei stieß die Staatsanwaltschaft Hagen auf einen Bauplan, der den Verdacht

auf eine illegale Drogenplantage erweckte. Ohne Kenntnis über die legale Natur der Produktionsstätte beantragte die Staatsanwaltschaft am selben Tag einen Durchsuchungsbeschluss. Am 20. März 2025 führte die Polizei daraufhin eine Durchsuchung durch.

## **Polizeiliche Maßnahmen und deren Folgen**

Obwohl die Polizei die Halle betrat, war ihnen zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt, dass es sich um eine legale Anlage handelte. Laut einer Mitteilung der Polizei Hagen würden die Umstände den Eindruck einer illegalen Plantage erwecken. In Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft wurde schließlich entschieden, die Pflanzen zu vernichten, da eine behördliche Genehmigung nicht erkannt werden konnte.

Oberstaatsanwalt Gerhard Pauli kritisierte die Bezirksregierung dafür, dass diese die Ordnungsbehörden nicht zeitnah über die Standorte legaler Cannabisclubs informiere. Der Anwalt des „High Life“ Clubs wies darauf hin, dass der Vermieter ebenfalls die Polizei über die legale Bewirtschaftung informiert hatte. Trotz der Hinweise schnitt die Polizei die 900 Cannabispflanzen ab und nahm sie mit.

Inzwischen hat der Vorsitzende des Cannabisclubs sich bei der Polizei beschwert. Diese bot an, die Pflanzenreste zurückzugeben, die jedoch aufgrund ihrer Zerstörung unbrauchbar seien. Bei einer Ernte hätten die 900 Pflanzen etwa 45 Kilogramm Cannabis eingeliefert.

## **Rechtliche Entwicklungen und gesellschaftlicher Kontext**

Die Polizei prüft nun rechtlich, wie mit der Schadenersatzforderung umgegangen werden soll. Diese Ereignisse stehen auch im Kontext einer breiteren Diskussion über die Drogenpolitik in Deutschland. Die Bundesrepublik hat in

den letzten Jahren die Grenzen der bisherigen Drogenpolitik beim Cannabiskonsum erkannt. Eine neue Drogenpolitik, die am 1. April 2024 in Kraft trat, zielt darauf ab, den illegalen Cannabis-Markt einzudämmen und die Qualität von Cannabis zu kontrollieren.

Im Rahmen dieser neuen Gesetzgebung dürfen Erwachsene bis zu drei Pflanzen privat anbauen, und ab dem 1. Juli 2024 ist vorgesehen, dass Anbauvereinigungen Cannabis an Erwachsene zum Eigenkonsum weitergeben können. Es sind Maßnahmen vorgesehen, die auf Verbesserungen im Gesundheitsschutz und den Kinder- und Jugendschutz abzielen.

Die Betreiber solcher legalen Anbauvereinigungen müssen über die erforderlichen behördlichen Erlaubnisse verfügen. Trotz der positiven Entwicklung und der rechtlichen Klarheit, wie sie auch durch die Bundesgesundheits- und Landwirtschaftsminister gefördert wird, bleibt der Umgang mit bestehenden rechtlichen und sicherheitstechnischen Herausforderungen, wie den Vorfällen in Hagen, kritisch.

Die Sorge um die Sicherheit ist weiterhin groß, da unsachgemäße Elektrik in Cannabisplantagen zu Brandgefahren führen kann. Häufig werden Feuerwehr und Polizei gerufen, um Brände zu löschen, was dann zur Entdeckung illegaler Plantagen führt. Diese Gesamtlage unterstreicht die Notwendigkeit für klare Informationen und dass die zuständigen Behörden besser zusammenarbeiten müssen.

Details

**Quellen**

- [rp-online.de](https://www.rp-online.de)
- [anwalt-btm.de](https://www.anwalt-btm.de)

**Besuchen Sie uns auf: [aktuelle-nachrichten.net](https://aktuelle-nachrichten.net)**